

Informationen zum Datenschutz

Die folgenden Informationen erläutern Art, Umfang und Zweck der Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sowie Ihrer diesbezüglichen Rechte im Zusammenhang mit Ihrem Antrag auf Bildung und Teilhabe.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist das

Amt für Familie und Jugend
Rheinisch-Bergischen Kreis
- Bildung und Teilhabe -
Refrather Weg 28
51469 Bergisch Gladbach
Tel. 02202 132880
E-Mail: bildung-teilhabe@rbk-online.de

2. Datenschutzbeauftragte / Datenschutzbeauftragter

Datenschutzbeauftragter des Rheinisch-Bergischen Kreises
Am Rübzahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach
Tel. 02202/ 132153 Email: datenschutz@rbk-online.de

3. Verarbeitungszweck und Rechtsgrundlage

Ihre personenbezogenen Daten werden nach den §§ 60 ff SGB I erhoben, um den Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II, § 34 SGB XII, § 6b BKGG zu prüfen.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) i.V.m. §§ 67a und 67b Zehntes Buch Sozialgesetzbuch.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Ihre personenbezogenen Daten können weitergegeben werden an:

- Wohngeldstelle
- Jobcenter, Sozial- oder Verwaltungsgerichte bzw. Amtsgericht
- Leistungsanbieter

um die gesetzmäßige Leistungsgewährung sicher zu stellen.

5. Speicherdauer

Ihre Daten werden grundsätzlich nicht länger gespeichert, als sie für die jeweiligen Verarbeitungszwecke benötigt werden. Eine darüberhin-
ausgehende Speicherung erfolgt ausschließlich zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen. Diese können sich zum Beispiel aus der Bundes- oder Landeshaushaltsordnung, der Abgabenordnung oder dem Handelsgesetzbuch ergeben und bis zu zehn Jahre betragen.

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Land außerhalb der EU (Drittland)

Eine Übermittlung an ein Land außerhalb der EU (Drittland) erfolgt nicht.

Soweit ein grenzüberschreitendes Sozialleistungsverhältnis innerhalb der Europäischen Union / Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft / Schweiz vorliegt, ist jedoch eine Übermittlung an die jeweiligen Kontaktstellen des Landes zur Abstimmung vorgeschrieben.

7. Betroffenenrechte gegenüber dem Verantwortlichen

a) Recht auf Auskunft

Sie haben das Recht, vom Verantwortlichen eine Bestätigung zu verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, verarbeitet

werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie Auskunft über alle verarbeiteten Daten verlangen.

b) Recht auf Berichtigung / Vervollständigung

Wenn Sie uns aufzeigen, dass die bei der Verarbeitung personenbezogenen Daten unrichtig oder unvollständig erfasst sind, berichtigen oder vervollständigen wir diese nach Bekanntwerden unverzüglich.

c) Recht auf Löschung

Wenn Sie uns aufzeigen, dass personenbezogene Daten zu Unrecht verarbeitet wurden, veranlassen wir unverzüglich die Löschung der betroffenen Daten. Genauso werden Daten gelöscht, die zur Aufgabenerledigung nicht mehr benötigt werden. Bitte beachten Sie hierzu die Ausführungen zur Speicherdauer (Nummer 6).

d) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter bestimmten Voraussetzungen können Sie eine Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Dies kommt z. B. dann in Betracht, wenn die Daten nicht mehr länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen und eine Löschung der Daten Ihre schutzwürdigen Interessen beeinträchtigen würde.

e) Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen. Im Falle eines Widerspruchs werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung dieser Daten nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen. Wir dürfen Ihre personenbezogenen Daten auch dann trotz Ihres Widerspruchs weiterverarbeiten, wenn dies der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Wir weisen Sie ausdrücklich darauf hin, dass Sie nur dann Leistungen für Bildung und Teilhabe erhalten oder behalten können, wenn Ihre personenbezogenen Daten genutzt und weitergeleitet werden dürfen.

8. Beschwerderecht

Ihnen steht ein Beschwerderecht bei einer datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde zu. Die für die Bearbeitung Ihres Antrags zuständige Aufsichtsbehörde ist die

Landesbeauftragte für Datenschutz
und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestr. 2-4
40213 Düsseldorf
Telefon: 0211 -38424-0
Fax: 0211-38424-10
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de
Internet: www.ldi.nrw.de

9. Mitwirkungspflichten, Auskunftspflichten und Folgen der Nichtbeachtung

Sie sind dazu **verpflichtet**, Ihre Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus § 60 und § 66 SGB I. Das Amt für Familie und Jugend benötigt Ihre Daten, um Ihren Antrag auf die Gewährung einer Leistung für Bildung und Teilhabe zu bearbeiten.

Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag auf diese Sozialleistung nicht bearbeitet werden (§ 66 SGB I).